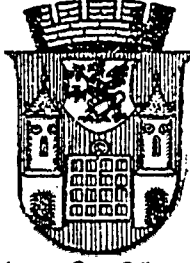


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 91

Dienstag, den 20. April 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Dr. Stresemann nahm in Stuttgart Stellung zu den deutsch-russischen Verhandlungen.
- In Mannheim sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gegen die Volksbegehren zur weiteren Aufwertung.
- Der amerikanische Gesetzentwurf zur Freigabe des deutschen Eigentums wird wahrscheinlich auf Dezember vertagt.
- Die Reichsgesundheitswoche ist mit einem Festakt in der Berliner Universitätsklinik eröffnet worden.
- Der frühere Präsident des Statistischen Reichsamtes, Professor Dr. Richard von der Borght, ist in Wilmersdorf im Alter von 65 Jahren gestorben.
- In Polen rechnet man mit dem Rücktritt der Regierung.
- In ein Theater in China wurden Bomben geschleudert: 20 Tote.

Reichsgesundheitswoche.

Die Eröffnungsfest in Berlin. — Ein Handschreiben des Reichspräsidenten.

Mit einer schlichten Feier wurde in der Aula der Universität Berlin die Reichsgesundheitswoche eröffnet, wobei ein Handschreiben des Reichspräsidenten zur Verlesung kam. Hindenburg bedauert darin, nicht persönlich an der Eröffnungsfest teilnehmen zu können und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsgesundheitswoche den gewichtigen Aufschwung zu einer fruchtbaren, gesundheitlichen Volksaufklärung bilden und eine erfolgreiche Wirkung, insbesondere auf die deutsche Jugend, ausüben möge.

Reichsinnenminister Dr. Brüning wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Verankerung ein Gesundheitsdienst am ganzen deutschen Volk sein solle. Eine gesunde Lebensführung sei die Pflicht jedes Menschen gegen sich selbst, gegen seine Familie und sein Volk.

Von der Organisation der Reichsgesundheitswoche gab der geschäftsführende Prof. Dr. Adam ein umfassendes Bild, während Geh. Kommerzienrat Dr. v. Borght als Vertreter der deutschen Arbeitgeber die Abhaltung der Reichsgesundheitswoche begrüßte, denn auch von den Führern der Volkswirtschaft werde anerkannt, daß eine großzügige Volksaufklärung in hygienischen Fragen notwendig sei. Gerade die heutige Notlage gebiete die intensive Belehrung aller Volksschichten über die Lebensführung, damit durch praktische Gesundheitsfürsorge und persönliche Gesundheitspflege die Belastung der Volkswirtschaft durch Krankheit und Siechtum nach Möglichkeit vermieden werde.

Im Anschluß an den Festakt in der Universität fand im Lustgarten eine große Kundgebung der Turner- und Sportverbände statt.

Deutschland und Rußland.

Dr. Stresemann über die Verhandlungen mit Moskau.

Anläßlich der Jahrestagung des württembergischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei in Stuttgart sprach Reichsminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage und ging dabei auch auf die jetzt so viel erörterten deutsch-russischen Verhandlungen ein.

„Wer“, so erklärte der Minister, die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarnopolitik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte daraus hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen, und im übrigen in wirtschaftlichen, freundschaftlichen und beiderseits vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zu Grunde gelegt haben. Unsere ganze Politik muß darauf eingestellt sein, unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Fortentwicklung zu sichern. Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein, um diesen obersten Grundgedanken der deutschen Politik erneut zum Ausdruck zu bringen.

Der Minister streifte auch kurz noch einmal die Vorgänge auf der letzten Genfer Tagung des Völkerbundes und die nicht erfolgte Aufnahme Deutschlands, indem er hinzufügte: Briand habe die „moralische“ Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund festgestellt, und als Außenminister lege der Redner größten Wert darauf, festzustellen, daß für die am Rheinpaß beteiligten Mächte die Lage derart sei, als ob Deutsch-

land dem Völkerbund bereits angehöre. Diese moralische Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund müsse auch für die Pariser Luftfahrerverhandlungen und für Räumung der besetzten Gebiete maßgebend sein.

Rein Freigabe-Gesetz?

Enttäuschung an der Berliner Börse.

Vor einiger Zeit war die Rede von einem amerikanischen Gesetzentwurf, wonach die Freigabe des im Krieges beschlagnahmten deutschen Eigentums angeordnet werden sollte. Kurz darauf schon entstand jedoch in den Vereinigten Staaten eine scharfe Opposition gegen eine solche Freigabe und jetzt verlautet, daß die Wiederaufnahme dieses Mills'schen Gesetzentwurfs auf Dezember vertagt werden soll.

Eine Reihe von Abgeordneten sei der Meinung, daß das Privateigentum deutscher Bürger schnell wieder hergestellt werden solle, daß jedoch die Begleichung der von Amerikanern gegen Deutschland geltend gemachten Ansprüche nicht den amerikanischen Steuerzahlern aufgebürdet werden könne. Die beschlagnahmten Werte müßten dazu dienen, die Ansprüche des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschland zu begleichen.

Die Nachricht vom jetzigen Stand des Freigabegesetzentwurfs hat an der Berliner Börse sehr verstimmend gewirkt. Freigabewerte lagen durchschnittlich 10 Prozent niedriger. Allgemein hofft man, daß Präsident Coolidge jetzt einige Erklärungen über das Schicksal der Bill geben wird. Die bisherigen Erklärungen des Schatzamts immerhin lassen hoffen, daß man prinzipiell am Freigabegesetz festhalten gedenkt.

Gegen die neue Aufwertung.

Eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers.

Auf dem badischen Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen der Aufwertungsgläubiger Stellung genommen, die eine höhere Aufwertung der Hypotheken auf dem Wege des Volksbegehrens zu erreichen suchen.

Der Minister erklärte, ein derartiges Volksbegehren drohe, an einer neuen wirtschaftlichen Krise zu führen. Die Forderung, die Hypotheken auf 50 v. H. aufzuwerten, werde den Hypotheken- und langfristigen Kapitalmarkt, der eben erst wieder aufsteht, vernichten. Die schon stark belastete Landwirtschaft werde hoffnungslos verschuldet. Der Hausbesitz werde die immer noch rückständige Wiederinstandsetzung der gerade von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Häuser nicht durchführen können. Die Aufwertung der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen und der Friedensanleihen auf 50 v. H. werde den öffentlichen Kredit ruinieren. Schon die Zulassung dieser Volksbegehren werde unermesslichen dauernden wirtschaftlichen Schaden anrichten. Die Volksbegehren seien aber auch gegen den Geist der Verfassung. Die Reichsregierung werde sich alsbald mit allen Mitteln und mit der ganzen Autorität gegen diese Volksbegehren stellen.

Wie hierzu ergänzend mitgeteilt wird, soll dem geplanten Volksbegehren ein Gesetzentwurf zugrunde liegen, den der völkische Reichstagsabgeordnete Dr. Best im Auftrage des Sparerbundes ausgearbeitet hat. Dieser Gesetzentwurf sieht eine grundsätzliche Aufwertung aller Ansprüche, auch der Industrieobligationen, auf 50 v. H. des Goldmarkbetrages vor, ein Satz, der je nach den persönlichen Verhältnissen herab- oder herausgesetzt werden soll. Die persönlichen Forderungen sollen bis zur vollen Höhe aufgewertet werden können. Die Rückwirkung des Gesetzes soll bis auf den 1. Januar 1919 ausgebehrt werden.

Arbeit und Reparationen.

Vom Kongress der Christlichen Gewerkschaften.

— Dortmund, den 20. April 1926.

Der 3. Verhandlungstag wurde durch eine Begrüßungsansprache des Reichsarbeitsministers Brauns eröffnet. Er legte dar, das Ziel der Wirtschaft müsse die umstellende Güterorganisation sein. Adam Stegerwald sprach über die Gestaltung des deutschen Volkslebens und empfahl ein Kompromiß in der Fabrikfrage. Der „große christliche Volksbund“ müsse aufstehen. Generalsekretär Dittler referierte über die Sozialversicherung. Eine Verschmelzung oder Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungskassen sei nicht zu empfehlen. Zu fordern sei die

schleunige Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. In dem Arbeitsgerichtsgesetz sei ein vielversprechender Anfang zu erblicken. In der Lohnfrage sei eine großzügigere Einstellung der Arbeitgeber zu wünschen. Die christlichen Gewerkschaften würden der Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens zustimmen. Die Lösung könne nicht lauten: Mehr Arbeit, weil wir Reparationen zu leisten haben, sondern Herabsetzung der Reparationen, wenn sie zu einer Gefahr für die sozialen Belange werden.

Der Kopp'sche Betrieb.

Neue Enthüllungen im Sprit-Weber-Prozess.

— Berlin, 20. April.

Der Sprit-Weber-Prozess, der bis jetzt in der Hauptsache aus technischen Erörterungen bestand, nimmt jetzt etwas interessantere Formen an. 25 Zeugen waren zur Unternehmung des Falles Kopp geladen. Kopp's Betrieb bestand in der Fabrikation von Haarwasser, Bad usw. Seinen Sprit bezog er vom Monopolant.

Aus den Notizbüchern eines Angeklagten von Kopp wurde festgestellt, daß Weber 187 000 Liter, Sinte 37 000 Liter und König 45 000 Liter Sprit von Kopp erhalten haben.

Ein Zeuge erwähnt nochmals den von Kopp so oft gebrauchten Ausdruck, er könne mit seinem Freunde Peters alles machen, und schilderte den Betrieb Kopp's. Die Kopp'schen Betriebe seien gar nicht in der Lage gewesen, monatlich 40 000 Liter Sprit zu verarbeiten.

Der fenderbare Kontrollbericht.

Im Auftrag der Monopolverwaltung mußte der Angestellte Kriminalkommissar Peters einmal diese Betriebe kontrollieren. Der Bericht darüber wurde vorgelesen. Darin wird der Kopp'sche Betrieb als eine großzügig eingerichtete Anlage bezeichnet, die ganz erhebliche Mengen an fertigen Waren produzieren könne. Im Gegensatz dazu erklärte der Zeuge, daß Kopp nicht einmal hätte 50 Kilogramm Bad produzieren können. Da mußte Peters zugeben, daß sein Bericht sich im wesentlichen auf Kopp's eigene Angaben gründe! An der Kontrolle hätten außer ihm noch zwei Regierungsräte teilgenommen.

Ein anderer Zeuge, der Kellner Stahl vom Restaurant Kannenberg, in dem Peters verkehrte, bezeugte, daß Peters und Kopp häufig dort Gäste gewesen seien und daß Kopp jedesmal bezahlt habe.

Ein neuer Sprit-Weber.

In Moabit wurde eine neue Anlage wegen Spritschleibungen erhoben. Der Angeklagte heißt auch Weber, hat jedoch mit dem Sprit-Weber nichts zu tun. 17 Personen sind angeklagt, worunter mehrere Zollbeamte.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. April 1926.

Das preussische Wahlprüfungsgericht prüfte die Einprüche gegen die Gültigkeit der letzten Wahlen zum Preussischen Landtag in den Wahlkreisen Berlin und Potsdam II und erklärte die Wahlen für gültig.

Keine Herabsetzung des Schulgelds in Preußen. Der preussische Kultusminister hat auf eine Zentrumsanfrage über die Schulgelderhebung dem Preussischen Landtag folgende Antwort erteilt: Zur Milderung der befürchteten Auswirkungen der Schulgelderhöhung stehen 20 Prozent des Schulgeldaufkommens zur Verfügung, die zu Schulgeldermäßigungen für kinderreiche Familien und zur Förderung begabter, bedürftiger Schüler bestimmt sind. Darüber hinaus ungünstigen Folgen der Schulgelderhöhung entgegenzuwirken, ist bei der gespannten Finanzlage des Staates und der Gemeinden leider nicht möglich. Zufußbedürftige, kommunale und private höhere Schulen sind nicht genötigt, ein über die staatlichen Sätze hinausgehendes Schulgeld zu erheben.

Rundschau im Auslande.

Peking ist von den mandchurischen Truppen des Marschalls Tschangtsolin besetzt worden. Der provisorische Präsident Tuanshijui, der vor einigen Tagen von der Nationalarmee vertrieben worden war, hat die Regierungsgewalt wieder übernommen.

Der griechische Ministerpräsident General Pangalos hat den Treuhand als Präsident der Republik geleistet und aus diesem Anlaß zahlreiche politische Gefangene begnadigt.

Bei einer Ersatzwahl in Südfrankreich, bei der ein verlorener Senator des Nationalen Blocks zu erlösen war,